



## Trumps Woche

Es hätten so schöne Tage werden können. Nach der gewonnenen Abstimmung über Obamacare und der Siegesfeier, zu der Donald Trump republikanische Abgeordnete ins Weiße Haus eingeladen hatte, fuhr der Präsident am Freitag auf sein Anwesen in Bedminster, New Jersey, einen Golfklub. Endlich hatte einmal etwas geklappt! Und so schien es weiterzugehen: Gute Arbeitsmarktzahlen nahm der Präsident als Bestätigung seiner Politik. „Es fängt alles an zu funktionieren“, twitterte er. Dann gewann auch noch Profigolfer John Daly, einer der wenigen Prominenten, die Trump im Wahlkampf unterstützt hatten, sein erstes großes Turnier seit 13 Jahren. Der Präsident gratulierte.

Es wurde trotzdem nichts mit dem schönen Wochenende. Trump soll seinen Fernseher angeschrien haben, als wieder einmal über die Russlandverbindungen seines Lagers berichtet wurde. Er beschloss kurzerhand, James Comey zu feuern, den FBI-Chef, der die Ermittlungen leitete. Ein Schritt, der nicht nur seinen Sprecher Sean Spicer in Nöte brachte; der versteckte sich im Gebüsch am Weißen Haus, bevor er den Reportern gegenübertrat – und bestand darauf, Fragen im Dunkeln zu beantworten. Selbst Präsidentenberaterin Kellyanne Conway war verwirrt: In einem Fernsehinterview erklärte sie Trumps Entscheidung vollkommen anders als Trump selbst. Nicht Comeys Verhalten in der Clinton-Affäre sei das Problem, wie Trump geschrieben hatte. Comey habe in den vergangenen Monaten einfach das Vertrauen des Präsidenten verloren. Kann ja mal passieren.

## Jemen „Sie wollen uns aushungern“

Seit Saudi-Arabien im März 2015 in den Bürgerkrieg eingriff, gab es 10 000 Tote. **Hisham Sharaf Abdullah**, 60, war einst Minister unter Abd Rabbuh Mansur Hadi, dem gewählten Präsidenten des Landes. Heute ist er Außenminister der selbst ernannten Huthi-Regierung, die von Iran unterstützt wird – und kämpft gegen Hadi, die jemenitische Armee und Saudi-Arabien.

**SPIEGEL:** Durch den Krieg zwischen Ihrer Allianz und der saudi-arabisch geführten Koalition sind derzeit sieben Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Wie lässt sich der Konflikt beenden?

**Sharaf:** Unsere Feinde wollen uns aushungern. Sie versuchen, uns durch Bomben und ökonomische Isolation an den Verhandlungstisch zu zwingen. Aber da träumen sie nur.

**SPIEGEL:** Die Hauptstadt Sanaa ist abgeschnitten.

**Sharaf:** Die saudi-arabisch geführte Koalition, die den von uns nicht akzeptierten Präsidenten Hadi unterstützt, droht damit, Transportflugzeuge abzuschießen, die versuchen, in Sanaa zu landen. Sie blockieren den wichtigsten Hafen, durch den 80 Pro-

zent der Hilfsgüter und die meisten Importe gelangen. Aber wir halten das, wenn nötig, noch lange durch. Es gibt keine militärische Lösung, der einzige Weg sind Verhandlungen.

**SPIEGEL:** Eine Uno-Resolution verlangt, dass die Huthis die von der regulären Armee erbeuteten Waffen zurückgeben und zu den politischen Verhandlungen zurückkehren. Warum folgen Sie dem nicht?

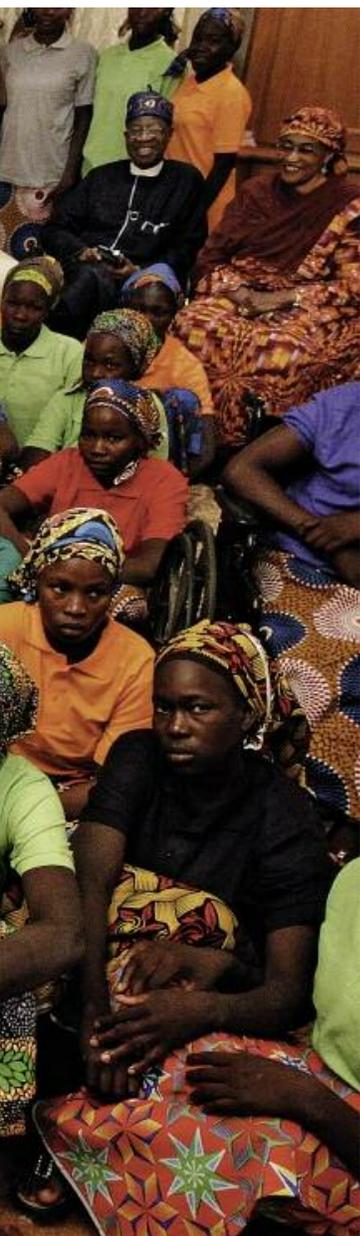
**Sharaf:** Als die Resolution im April 2015 beschlossen wurde, waren die Verhältnisse anders. Natürlich hätte man sich damals zusammensetzen und diskutieren können. Jetzt sind wir im Krieg. Hadi opfert sein eigenes Volk für seine Agenda.

**SPIEGEL:** Wichtigster Grund für den Eintritt Saudi-Arabiens in den Krieg war Ihre Allianz mit Iran.

**Sharaf:** Wir haben kaum Kontakt zu Iran. Zeigen Sie mir die Beweise! Die Iraner geben uns nicht mal Raketen, um die saudi-arabischen Kampfjets abzuschießen. Sie mischen sich nicht ein.

**SPIEGEL:** Wie könnte es doch noch Frieden geben?

**Sharaf:** Saudi-Arabien muss zunächst seine Luftangriffe beenden. Dann könnten EU und Uno gemeinsam für Frieden im Jemen sorgen. suk



ANADOLU AGENCY / GETTY IMAGES

## Weißrussland Zug nach nirgendwo

Jeden Morgen um 7.04 Uhr verlässt der Zug nach Westen die weißrussische Grenzstadt Brest. Er ist voll mit Flüchtlingen aus Tschetschenien, die in die EU wollen, für sie sind eigene Waggon reserviert. Der Zug braucht 19 Minuten bis Terespol im EU-Land Polen. Die Tschetschenen müssen aussteigen, polnische Grenzschutzbeamte geleiten sie in einen Verhörsaal und geben ihnen einige Minuten Zeit, ihre Geschichte vorzutragen. Die allermeisten werden sofort zurückgeschickt, sie haben keine Chance auf Asyl. Um 11.21 Uhr sind sie wieder

in Brest. Am nächsten Tag versuchen sie es erneut. Hilfsorganisationen schätzen, dass sich derzeit mindestens tausend Tschetschenen in dem Grenzort befinden. Manche campen, die meisten haben sich in überbelegten Wohnungen eingemietet. Sie sind vor der Gewaltherrschaft des Diktators Ramsan Kadyrow geflohen, der Tschetschenien mit Billigung Moskaus regiert. Als russische Bürger erreichen sie die weißrussisch-polnische Grenze leicht – um dann dort festzusitzen. Polen hat das Grenzregime vor Kurzem verschärft. Warschau möchte sich nicht aus Berlin vorwerfen lassen, Tschetschenen einfach durchzuwinken. Innen-



Pass eines Tschetschenen

minister Mariusz Błaszczak von der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit fürchtet, nach der Schließung der Balkanroute werde nun eine neue Trasse „muslimischen Zuflusses“ nach Europa entstehen: „Solange wir regieren, wird Polen nicht mit der Gefahr des Terrorismus infiziert.“ jpu

BEVAS GERZDZUNAS